

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 302 (2019)

Rubrik: Jahreschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahreschronik

1. MAI 2017 BIS 30. APRIL 2018

Inland

Schweiz

21. Mai: 58,2% der Stimmberchtigten sagen an der Urne überraschend deutlich Ja zur Energiestrategie 2050. Das neu beschlossene Gesetz beinhaltet unter anderem den Ausstieg aus der Atomenergie, einen Stromnetzzuschlag für die Kunden, Subventionen für nachhaltige Energien und die Wasserkraft sowie eine erhöhte CO₂-Abgabe.

14. Mai: FDP-Bundesrat und Aussenminister Didier Burkhalter kündigt seinen Rücktritt auf Ende Oktober an. Der Neuenburger stand zuletzt mit seiner EU-Politik für ein Rahmenabkommen, das im Inland niemand will, ziemlich isoliert da.

1. August: Bundespräsidentin Doris Leuthard (CVP) erklärt, spätestens auf Ende 2019 aus dem Bundesrat zurücktreten zu wollen.

20. September: FDP-Nationalrat Ignazio Cassis (56) aus dem Tessin wird schon im zweiten Wahlgang von der Vereinigten Bundesversammlung in den Bundesrat gewählt, wo er Didier Burkhalter ablöst. Er übernimmt von seinem Vorgänger das Aussendepartement und ist der erste Tessiner Bundesrat seit 18 Jahren.

24. September: Bundesrat Alain Berset Rentenreform wird von den Schweizer Stimmberchtigten mit 52,7% Nein-Stimmen abgelehnt. Die Reform hätte unter anderem eine AHV-Rentenaufstockung um 70 Franken im



Bundesratsfoto mit Präsident Alain Berset

Monat, das Pensionsalter 65 für Frauen sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen vorgesehen. Die Vorlage wird sowohl von bürgerlichen wie auch von linken Stimmbürgern der Romandie – aus unterschiedlichen Gründen – abgelehnt. Einmal mehr ist eine umfassende Rentenreform gescheitert.

18. Oktober: Der Bundesrat gibt grünes Licht zu einer Finanzgarantie von einer Milliarde Franken für die Kandidatur von Sion für die Olympischen Winterspiele 2026. Noch gibt es aber viel Überzeugungsarbeit zu leisten, insbesondere weil das Bewerbungskomitee keine nationale Volksabstimmung anberaumt. Der Kanton Wallis muss sich an der Urne noch zu den dezentral und nachhaltig geplanten Winterspielen äussern.

23. November: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verströmt auf seiner Visite in Bundesbern Optimismus für ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Der Bundesrat gibt gleichentags eine weitere Kohäsionsmilliarde an die EU frei.

30. November: Der Walliser Nationalrat Yannick Buttet, Vizepräsident der CVP Schweiz, soll laut Enthüllungen der welschen Presse seine frühere Geliebte gestalkt haben. Weitere Enthüllungen zeigen, dass Buttet ein Alkoholproblem hat und offenbar auch im Bundeshaus Politikerinnen belästigte. Nicht zuletzt unter Druck der #MeToo-Bewegung gegen sexuelle Übergriffe auf Frauen legt Buttet seine Ämter nieder und taucht ab zur Entziehungskur.

6. Dezember: Alain Berset wird von der Vereinigten Bundesversammlung mit 190 von 210 gültigen Stimmen zum Bundespräsidenten 2018 gewählt.

23.–26. Januar: Stargast am diesjährigen World Economic Forum (WEF) in Davos ist US-Präsident Donald Trump. Er verleiht dem Anlass enorme Publicity und wird dort auch

von Schweizer Bundesräten hofiert, obwohl er den globalen Versöhnungsgeist des Treffens desavouiert.

30. Januar: Die Belegschaft der Schweizerischen Depeschenagentur (SDA) tritt in einen viertägigen Streik, nachdem das neue Management drastische Entlassungen angekündigt hat. 40 von 120 Redaktorinnen und Redaktoren sollen ihre Stelle verlieren.

6. Februar: Das Bundesamt für Verkehr deckt auf, dass Postauto Schweiz jahrelang zu hohe Subventionen bezogen hat, die buchhalterisch verborgen wurden. Postauto Schweiz muss dem Bund 120 Millionen Franken zurückzahlen, der CEO Daniel Landolf und der Finanzchef Roland Kunz müssen abtreten. Auch Postchefin Susanne Ruoff gerät unter Druck. Eine Strafuntersuchung wird eingeleitet.

27. Februar: Pierin Vincenz, bis 2015 Chef der Raiffeisen-Bank, wird in Zürich in Untersuchungshaft gesetzt. Er soll sich mit Insidergeschäften bereichert haben.

4. März: Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die No-Billag-Initiative deutlich mit 71% Nein-Stimmen ab. Das Vorhaben hätte die Radio- und TV-Gebühren abschaffen wollen, wodurch sowohl der nationale Sender SRF wie auch viele Privatradios und TVs in ihrer bisherigen Form aufgelöst worden wären.

18. April: Christoph Blocher verkauft die «Basler Zeitung» an den Zürcher Tamedia-Konzern. Das Experiment einer rechtsbürgerlichen Tageszeitung in einer rot-grünen Stadt ist zu Ende.

27. April: Der Berner Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) kündigt seinen Rücktritt auf Ende 2019 an.

Kanton Bern

21. Mai: Die Stimmberechtigten lehnen einen 105-Millionen-Kredit zur Unterbringung von minderjährigen Asylsuchenden im Kanton ab.

Die SVP hatte erfolgreich das Referendum gegen den Kredit ergriffen. Die Behörden müssen sich nun einen anderen Weg als die bisherige Sonderbetreuung der Jugendlichen überlegen.

31. Mai: Die Grossbank UBS gibt bekannt, dass sie 600 Stellen aus dem Grossraum Zürich nach Biel verlagern will, weil dort die Kosten 20% tiefer sind.

1. Juni: Uwe E. Jocham, populärer CEO des Pharmaunternehmens CLS Behring mit Sitz in Bern, verlässt die Firma überraschend per sofort. Offenbar nicht ganz freiwillig. Er lässt Uneinigkeiten über die Strategie mit der US-Zentrale durchblicken.

Anfang Juni: Fahrende installieren sich beim Dorf Wileroltigen westlich von Bern auf einer Wiese. Während die Gemeinde die Räumung verlangt, will der Berner Regierungsrat die Wiese als Transitplatz definieren. Die Fronten bleiben verhärtet.

18. Juni: Denkbar knapp, mit 51,7% Ja-Stimmen und 137 Stimmen Vorsprung, gewinnt das separatistische Lager die Gemeindeabstimmung über die künftige Kantonszugehörigkeit des gespaltenen Jurastädtchens Moutier. Es wird vom Kanton Bern zum Kanton Jura wechseln. Die französischsprachige Minderheit im Berner Jura wird dadurch verkleinert. Zahl-



Uwe E. Jocham wird CEO der Insel-Gruppe (Foto Beat Mathys, Berner Zeitung)

reiche Beschwerden gegen angebliche Unregelmässigkeiten beim Urnengang verzögern Moutiers Abtrennung.

15. August: Der grüne Regierungsrat Bernhard Pulver erklärt, nicht mehr für die Wahlen 2018 anzutreten.

20. August: Die «Sonntagszeitung» und das Fernsehen SRF enthüllen, dass der in Nidau lebende muslimische Hassprediger Abu Ramadan jahrelang von der Sozialhilfe gelebt und nie eine einheimische Sprache gelernt hat. Sein Asylstatus wurde darauf vom Staatssekretariat für Migration widerrufen.

20. September: Der Regierungsrat ersetzt den Verwaltungsratspräsidenten der Insel-Spitalgruppe, Joseph Rohrer, durch den früheren CLS-Behring-CEO Uwe E. Jocham, obwohl dieser noch nie ein Spital geführt hat. Am 23. November wird auch der wohl nicht ganz freiwillige Abgang von Insel-CEO Holger Baumann kommuniziert.

29. September: Der Bundesrat nimmt den Ausbau der zweiten Röhre im Lötschberg-Basis-tunnel zum Ärger der Berner Kantonsregierung nicht in den nächsten Bahnausbauabschnitt auf.



Abstimmung Kantonswechsel Moutier vom 18. Juni 2017 (Keystone)

29. Oktober: Die Berner Airline Skywork bleibt am Boden. Weil die Fluggesellschaft dem Bundesamt für Zivilluftfahrt den Finanzierungsnachweis für die nähere Zukunft nicht erbringen kann, blockiert ein kurzes Grounding die fünf Flugzeuge auf dem Flughafen Bern-Belp. Am 1. November schafft die Airline doch noch die Finanzierung. Ihre Flugzeuge dürfen wieder abheben.

2. November: Das Solarzulieferungsunternehmen Meyer Bürger kündigt an, seine Produktion vom Hauptstandort Thun nach China auszulagern. In Thun gehen 180 Stellen verloren.

Ab 29. November: Der Grosse Rat diskutiert ein einschneidendes Sparpaket im Umfang von 185 Millionen Franken. In der Ausmarchung setzt sich die bürgerliche Mehrheit durch und spart vor allem im Sozialbereich. Die Psychiatrievorsorgung, Altersheime, Suchthilfeprogramme und die Spitex müssen Abstriche in Kauf nehmen. Zudem folgt der Rat Gesund-

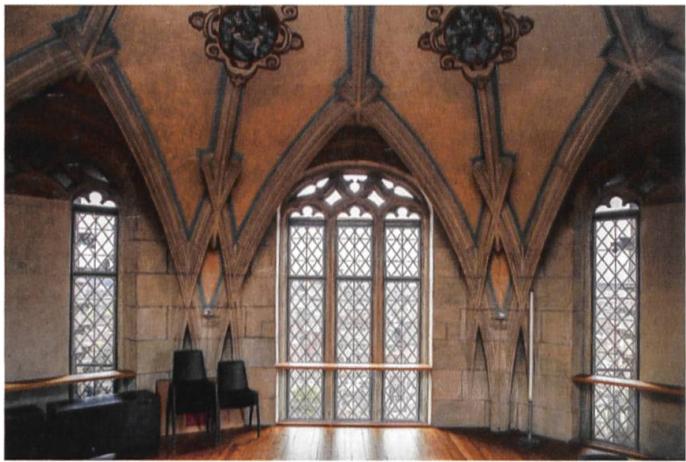
heitsdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP) und revidiert das Sozialhilfegesetz, wodurch der Kanton Bern 8% weniger Sozialhilfe bezahlt, als dies die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) vorsehen. Kein anderer Kanton geht so weit.

3. Januar: Das Sturmtief «Burglind» zieht über die Schweiz, fällt Freiluft-Weihnachtsbäume und richtet im Berner Oberland zahllose Schäden an. Die über 200 km/h starken Windböen werfen zwischen Lenk und Zweisimmen sogar den Wagen eines fahrenden Zugs aus den Schienen. Bei der Gebäudeversicherung des Kantons Bern gehen über 10 000 Schadensmeldungen ein.

26. Januar: Der frühere CSL-Behring-CEO Uwe E. Jocham wird vom Verwaltungsrat zum neuen CEO des Berner Inselspitals ernannt. Dass er im Doppelmandat vorderhand auch noch Präsident des Verwaltungsrats ist, löst in der Politik Kritik aus.



Der am 25. März neu gewählte Regierungsrat (Foto Beat Mathys, Berner Zeitung)



Die Turmwohnung im Münsterturm ist seit Mitte März neu ein öffentlicher Raum (Foto Christian Pfander, Berner Zeitung)

4. März: Die Stimmberchtigten des Kantons Bern heissen relativ knapp mit 51,6% Ja-Stimmen den 102-Millionen-Kredit für ein Tram von Bern nach Ostermundigen gut. In vielen Landbezirken wird die Vorlage abgelehnt. Eine Initiative für eine Volksmitsprache bei Schulehrplänen wird mit 76,7% Nein-Stimmen abgelehnt.

25. März: Mit einer rekordtiefen Wahlbeteiligung von 30,5% wählt das Berner Stimmvolk eine neue Kantonsregierung und ein neues Kantonsparlament. Alle bisherigen Regierungsräte werden wiedergewählt. In der Regierung bleibt es bei einer bürgerlichen Mehrheit, die sich eine weitere Schlüsseldirektion sichert: Christoph Neuhaus (SVP) übernimmt neu die jahrzehntelang von der SP gehaltene Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion. Pierre-Alain Schnegg (SVP) bleibt Gesundheitsdirektor, Beatrice Simon (BDP) ist weiterhin Finanzdirektorin und Christoph Ammann (SP) Volkswirtschaftsdirektor. Die neu Gewählten verteilen die Aufgaben so: Philippe Müller (FDP) wird Polizeidirektor, Christine Häsler (Grüne) Erziehungsdirektorin und Evi Allemann (SP) Justiz- und Gemeindedirektorin. Bei den Parlamentswahlen ist die SP mit fünf zusätzlichen Sitzen die Gewinnerin, die SVP verliert drei Sitze, bleibt aber mit Abstand die stärkste Kraft im Grossen Rat, die FDP gewinnt drei

Sitze, die BDP verliert nach ihrem Debakel bei den Wahlen 2014 diesmal nur einen Sitz.

Stadt Bern

19. Juli: Das Alpine Museum in Bern soll in den nächsten Jahren statt wie bisher eine Million nur noch 250 000 Franken Bundessubventionen erhalten. Das macht das Bundesamt für Kultur im Rahmen einer neuen Museumsförderpolitik publik. In den Augen von Direktor Beat Hächler ist damit die Existenz seines Museums gefährdet. Um das Haus formiert sich ein Rettungskomitee mit Beziehungen zur Politik.

14. September: Die renovierte frühere Turmwohnung im Münsterturm wird als Konferenz- und Partyraum wiedereröffnet.

19. Oktober: Der Berner Mäzen Hansjörg Wyss bietet Bern noch einmal ein Geschenk an: 20 Millionen Franken für den Anbau des Kunstmuseums, sofern ein früheres Bauprojekt wieder aufgegriffen werde, das damals am Widerstand der Denkmalpflege scheiterte.

14. November: Das Bundesamt für Gesundheit blockiert das Projekt der Stadt und der Universität Bern, an Kiffer versuchsweise Cannabis abzugeben.

26. November: Die Stimmberchtigten der Stadt Bern befürworten mit 62% Ja-Stimmen ein Tram Bern–Ostermundigen. Schon drei Jahre zuvor hatten sie dem damals an den Voten von Köniz und Ostermundigen gescheiterten Projekt zugestimmt.

2. Februar: Die Kinokette Kitag, eine Swisscom-Tochter, kündigt an, dass sie sich aus all ihren Kinos in der Berner Innenstadt zurückzieht. Im April eröffnet sie ihren Cinedome, ein Multiplex-Kino an der Autobahn in Muri.

15. Februar: An der Spitze der Spitex Bern eskaliert ein Streit. Der interimistische Geschäftsführer Daniel Piccolruaz wird entlassen. Ihm wird ein Komplott vorgeworfen. Auch Verwaltungsratspräsidentin Rahel Gmür,

wegen ihres hohen Salärs unter Druck, muss bald weichen.

1. März: Der Cupfinal im Schweizer Fussball kehrt nach Bern zurück. Am 27. Mai wird er wieder im Stade de Suisse stattfinden – mit Berner Beteiligung: Die Young Boys stehen gegen den FC Zürich im Final.

18. April: Der SVP-Politiker Erich Hess scheitert erneut mit einem politischen Vorstoss gegen die Reitschule. Das Bundesgericht erklärt seine kantonale Initiative, die die Stadt für ihre Reitschulpolitik mit einem Entzug von kantonalen Ausgleichszahlungen bestrafen wollte, für ungültig.

Andere Kantone

Graubünden

23. August: Hinten im Bondasca-Tal, einem Seitental des Bergells, brechen in einem gewaltigen Bergsturz drei Millionen Kubikmeter Fels am brüchigen Piz Cengalo ab. Der Berg-

sturz vermischt sich mit Gletscherschmelzwasser und geht direkt in einen Murgang über. Dieser wälzt sich bis auf den Talboden des Bergells und füllt das 2015 neben dem Dorf Bondo geschaffene Auffangbecken. Weitere Abbrüche und Murgänge in den folgenden Tagen lassen einen nah ans Wasser gebauten Ortsteil Bondos im Schlamm versinken. Auch die Kantonsstrasse wird verschüttet, sodass das Bergell zeitweise abgeschnitten ist. Alle Dorfbewohner Bondos werden für Wochen evakuiert. In einem Wettlauf mit der Zeit wird das Becken leergeschaufelt, bevor der nächste Murgang kommt. Die Kombination von Bergsturz und Murgang ist neu in der Schweiz. Auslöser dürften sowohl der abtauende Permafrost wie auch Wassereinschlüsse im Berg sein.

Ab 23. April: Das Onlinemagazin «Die Republik» arbeitet unter dem Titel «Das Kartell» den wohl grössten Bündner Bauskandal auf, der die öffentliche Hand rund 100 Millionen Franken gekostet hat. Der frühere Bauunternehmer und Whistleblower Adam Quadroni deckt in der Serie auf, wie vor allem Unterengadiner Baufirmen jahrelang Preisabsprachen



Bergsturz Bondo Bergell im August und September (Keystone)

getroffen und öffentliche Bauaufträge unter sich aufgeteilt haben. Schon im Juli hat die Wettbewerbskommission (Weko) nach ihrer Untersuchung hohe Bussen gegen elf Baufirmen ausgesprochen.

Aargau

12.–16. März: In der Polizeikaserne Schafisheim findet der Prozess gegen Thomas N. statt. Er ist angeklagt, im Dezember 2015 in Rupperswil vier Menschen ermordet zu haben. Es war ein für die Schweiz beispiellos brutales Verbrechen. N. verschaffte sich als angeblicher Schulsozialarbeiter Zugang zu einem Haus in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, er erpresste von der Hausbesitzerin Geld, missbrauchte ihren jüngeren Sohn und ermordete anschliessend die Frau, ihre beiden Söhne sowie die Freundin des älteren. Dann zündete er das Haus an. N. hat schon weitere vergleichbare Taten geplant. Das Bezirksgericht verurteilt den 34-jährigen Studienabbrecher und Juniorenfussballtrainer zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe mit anschliessender Verwahrung.

International

2. Juni: Donald Trump fällt einen befürchteten Entscheid: Die USA kündigen das Pariser Klimaabkommen.

22. November: Das UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verurteilt den früheren bosnisch-serbischen General Ratko Mladic zu lebenslanger Haft. Er gilt insbesondere als Hauptverantwortlicher für das Massaker an Bosniern in Srebrenica im Juli 1995.

10. Februar: Medien enthüllen, dass Mitarbeiter der britische Hilfsorganisation Oxfam in Haiti an Sexpartys einheimische Frauen missbraucht und Spendengelder verprasst haben.

Europa

Deutschland

14. Mai: Katastrophale Niederlage der SPD bei der Landtagswahl im grossen Bundesland Nordrhein-Westfalen. In ihrer langjährigen Hochburg verlieren die Roten gegen die CDU von Kanzlerin Merkel. SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft tritt ab. Die SPD sackt von 39 auf 31% der Stimmen ab. Die CDU legt von 26 auf 34% zu.

12. August: Bei Rastatt in Süddeutschland senkt sich wegen einer Tunnelbaustelle das Trassee der Rheintalbahn ab. Die für die Schweiz lebenswichtige Bahnader nach Norden ist für Wochen unterbrochen, der Warentransport erleidet empfindliche Einbussen und Verzögerungen. Die Schweiz kritisiert die langsamsten deutschen Reparaturarbeiten.

25. September: Bei den deutschen Bundestagswahlen heisst die Wahlsiegerin erneut Angela Merkel. Ihre CDU-CSU-Union verliert aber massiv an Stimmen und fällt um fast 9% auf einen Stimmenanteil von 33% zurück. Die SPD und ihr Kanzlerkandidat Martin Schulz erleiden ein Debakel und fallen um 5% auf einen historischen Tiefstand von 20% zurück. Dafür zieht die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) mit einem Stimmenanteil von auf Anhieb 12% neu in den Bundestag ein und ist nun drittstärkste Partei. Auch die liberale FDP kehrt nach ihrer Abwahl vor vier Jahren mit 11% wieder zurück. Die neue Parteienvielfalt verspricht schärfere Reibung und schmälert Kanzlerin Merkels Macht. Weil die SPD eine Fortsetzung der Grossen Koalition mit CDU/CSU vorerst ausschliesst, versucht Merkel eine komplexe Koalition von CDU/CSU, FDP und den Grünen zu schmieden. Die FDP und ihr Chef Christian Lindner lassen die Verhandlungen aber am 19. November platzen.

13. Januar: Die CDU/CSU- und SPD-Spitzen präsentieren die Ergebnisse erfolgreicher Sonderungsverhandlungen für eine Neuauflage der schwarz-roten Grossen Koalition. Die SPD macht also doch mit. Ihr Chef Martin Schulz

Europas Mann des Jahres: Emmanuel Macron



Foto: Keystone

Mit der Wahl des erst 39-jährigen Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten beginnt in Frankreich eine neue Ära. Im zweiten Wahlgang vom 7. Mai holt er gegen Marine Le Pen vom rechtspopulistischen Front National 65% der Stimmen, allerdings bei einer tiefen Stimmbevölkerung. Der Investmentbanker gehörte als Finanzminister kurz François Hollandes Regierung an. Erst im November 2017 gründete er

seine eigene Partei «En Marche», die bei den Parlamentswahlen im Juni die bisherigen Traditionsparteien der Linken und Rechten wegliest und die absolute Mehrheit übernimmt.

Anders als sein profilloser Vorgänger François Hollande pflegt der brillante Macron einen glanzvollen Regierungsstil. Gesegnet mit einem enormen Selbstbewusstsein und rhetorischem Talent bringt das politische Wunderkind in hohem Tempo Reformen in Gang und heilt den angeschlagenen Nationalstolz der Franzosen. Auf der internationalen Bühne profiliert er sich als Verteidiger der gesamteuropäischen Idee, mit seinen Auftritten stellt er die deutsche Kanzlerin Angela Merkel als europäische Führungsfigur in den Schatten. Seine Treffen mit Donald Trump inszeniert Macron als Begegnung von zwei Freunden, er scheut sich dabei nicht, den Protektionismus oder die Klimapolitik des US-Präsidenten zu kritisieren. Seine rasante Reformpolitik stößt aber den Gewerkschaften und den kleinen Angestellten sauer auf, für sie ist der Politstar ein Deregulierer des französischen Arbeitsmarkts. Der Widerstand gegen Macron bleibt aber zaghaf.

hatte unmittelbar nach der Wahl die weitere Mitwirkung der SPD in einer Grossen Koalition ausgeschlossen und stolpert nun über seinen Wortbruch. Seine Nachfolgerin an der Parteispitze wird Andrea Nahles.

4. März: 66% der SPD-Mitglieder bejahen in einer Urabstimmung eine neuerliche Grosskoalition mit der CDU/CSU. Damit erhält Deutschland über 100 Tage nach den Wahlen endlich eine neue Regierung. Die alte und neue Kanzlerin Angela Merkel verjüngt ihre CDU-Spitze und macht etwa ihren parteiinternen konservativen Widersacher Jens Spahn zum Gesundheitsminister und die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karren-

bauer zur neuen CDU-Generalsekretärin. Sie gilt als potenzielle Nachfolgerin Merkels. Auch die SPD verordnet sich Rochaden. Olaf Scholz wird Finanzminister und Vizekanzler, Heiko Maas ersetzt Sigmar Gabriel als Aussenminister. Der bayrische CSU-Mann Horst Seehofer tritt als Ministerpräsident von Bayern ab und wird Bundesinnenminister.

Grossbritannien

8. Juni: Debakel für die lange siegesgewisse Premierministerin Theresa May bei den vorgezogenen Neuwahlen für das britische Unterhaus. Ihre konservative Partei verliert die absolute Mehrheit und ist auf eine kleine protestantische Nordirland-Partei als Koalitionspartnerin ange-

wiesen. Die Labour-Partei von Jeremy Corbyn holt im 650 Sitze zählenden Unterhaus von 232 auf 266 Sitze auf. England ist mitten in den Brexit-Verhandlungen blockiert.

14. Juni: Im Westen Londons gerät der Grenfell Tower, ein altes Hochhaus, nach einem Kühlschrankdefekt in Brand und brennt völlig aus. Über ein Dutzend Menschen sterben eingesperrt in den Flammen. Fast 80 Personen werden verletzt. Die Fassadenbeschichtung des maroden Towers war nicht feuerfest. Der Brand ist ein Symbol für Englands miserable Infrastruktur und seine innenpolitische Krise nach dem Brexit.

Österreich

15. Oktober: Rechtsrutsch bei den Parlamentswahlen. Die neu formierte konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit dem 31 Jahre jungen Spitzenkandidaten und «Wunderwuzzi» Sebastian Kurz wird mit 31% der Stimmen stärkste Partei. Kurz wird Bundeskanzler und jüngster Regierungschef Europas. Die bisher stärkste Partei, die sozialdemokratische Partei (SPÖ) des abgewählten Bundeskanzlers Christian Kern, bleibt zwar mit knapp 27% auf Platz zwei. Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) folgt ihr aber auf den Fersen mit 26%. Die grosse Koalition von SPÖ und ÖVP endet. Kleine Parteien werden zerrieben, die Grünen scheiden aus dem Parlament aus. Anders als im Jahr 2000 gibt es nun wegen der Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ keine Proteste auf Wiens Strassen.

18. Dezember: Sebastian Kurz wird als neuer Bundeskanzler vereidigt. Er steht einer Koalitionsregierung seiner ÖVP mit der rechtsbürgerlichen FPÖ vor. Nach anfänglichen Provokationen der FPÖ von Vizekanzler Heinz-Christian Strache gibt sich die neue Regierung europafreundlich.

Italien

4. März: Die erstmals nach einem neuen Wahlrecht durchgeführten Parlamentswahlen enden in einem Patt. Kein Block ist vorerst stark

genug für eine Regierungsmehrheit, die Koalitionsverhandlungen bleiben lange fruchtlos. Klar ist: Der bisher regierende linke Partito democratico stürzt auf einen Wähleranteil von bloss noch 18,7% ab. Am meisten Stimmen erhalten europaskeptische Parteien. Stärkste Partei ist mit 32,6% die 5-Sterne-Bewegung unter ihrem Spitzenkandidaten Luigi di Maio. Die Mitte-Rechts-Koalition kommt auf 31,3%, wird aber von Matteo Salvini's rechtspopulistischer Lega angeführt und nicht von Silvio Berlusconi's Forza Italia.

Spanien

1. Oktober: Die spanische Teilrepublik Katalonien stimmt über ein Unabhängigkeitsreferendum ab. Die katalanische Regionalregierung unter Regierungschef Carles Puigdemont sowie die spanische Zentralregierung unter dem konservativen Premierminister Mariano Rajoy haben vorher sehenden Auges die Eskalation angetrieben und mit dem Referendum bzw. einer spanischen Zwangsverwaltung in Katalonien gedroht. Die spanischen Behörden beschlagnahmen Abstimmungssäulen und stellen die katalanische Polizei unter ihr Kommando. 760 Menschen werden beim Versuch, am Sonntag abzustimmen, von der Polizei mit Gummischrot und Tränengas verletzt. Laut den katalanischen Behörden wird das Unabhängigkeitsreferendum angenommen, laut den spanischen hat es gar nicht stattgefunden. Am 3. Oktober demonstrieren in Barcelona 300 000 Menschen gegen die spanische Polizeigewalt. Die spanische Zentralregierung aktiviert erstmals in der Geschichte des Landes den Verfassungsartikel, mit dem sich eine abtrünnige Provinz unter Zwangsverwaltung stellen lässt.

27. Oktober: Die Regionalregierung ruft die Unabhängigkeit Kataloniens aus. Nach einem rauschenden Fest in Barcelona erklärt die Zentrale in Madrid umgehend die Absetzung der Regionalregierung und setzt in Katalonien Neuwahlen an. Der unter Anklage gestellte Regierungschef Carles Puigdemont reist mit Regierungskollegen nach Belgien aus. Am 3. November erlässt Spaniens Regierung gegen

Puigdemont einen europäischen Haftbefehl. Bei einer Rückreise droht ihm die Verhaftung.

21. Dezember: Die Rechnung des spanischen Ministerpräsidenten Rajoy geht nicht auf: Bei den von ihm angeordneten Regionalwahlen in Katalonien erobern wieder die Separatisten die absolute Parlamentsmehrheit.

25. März: Das norddeutsche Oberlandesgericht Schleswig-Holstein lässt den nach Belgien exilierten Separatisteführer Carles Puigdemont festnehmen. Es lehnt darauf Spaniens Haftantrag wegen Rebellion ab und lässt Puigdemont wieder frei. Das ist eine Niederlage für Spaniens Justiz.

Asien

Myanmar (Burma)

18. September: De-facto-Regierungschefin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi

äussert sich erstmals zur Vertreibung und Flucht von 400 000 Menschen der muslimischen Minderheit der Rohingya ins Nachbarland Bangladesch. Sie spricht vage über die Gründe des Exodus, schweigt aber zur monatelangen brutalen Vertreibung durch Burmas Militär, das im Land nach wie vor die Macht innehält.

China

5. März: Parteichef und Staatspräsident Xi Jinping lässt vom Volkskongress absegnen, dass die Begrenzung der Amtszeit für die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten aufgehoben wird. Seit Mao Tse-tung war kein chinesischer Parteichef mehr so mächtig.

Afrika

Simbabwe

18. November: Das Militär stellt Gründungs- und Langzeitpräsident Robert Mugabe (93)

Naher und Mittlerer Osten

Der Nahe Osten ist mehr denn je ein Pulverfass

Im Mai vertreibt die irakische Armee die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) aus der zweitgrößten irakischen Stadt Mossul, Mitte Oktober meldet ein von den USA unterstütztes Kurdenbündnis, dass der IS auch aus seiner Hochburg und Zentrale Rakka in Syrien vertrieben und damit militärisch geschlagen ist. Der syrische Bürgerkrieg aber geht unvermindert weiter. Diktator Bashar al Assads Regierungssarmee erobert, unterstützt von der russischen Luftwaffe, letzte Rebellenhochburgen, etwa im Vorort al-Ghouta unweit von Damaskus, wo wieder Giftgas eingesetzt wird. Die türkische Armee lanciert am 20. Januar eine Offensive gegen die von kurdischen Milizen gehaltene nordsyrische Provinz Afrin. Der Vorstoß ist auch Ausdruck der antikurdischen Repression durch den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan.

Neben Russland und der Türkei nutzt auch al-Assads anderer Verbündeter, der Iran, das Machtva-

kuum in Syrien und baut dort militärische Stützpunkte auf, einige in der Nähe der israelischen Golanhöhen. Mitte April attackieren israelische Kampfjets in Syrien einen iranischen Luftwaffenstützpunkt; das Mullah-Regime in Teheran reagiert erzürnt. In Syrien geht es auch um internationale Machtinteressen. Israel betrachtet den Iran als seinen Hauptgegner, die USA wollen das Atomabkommen mit dem Iran aushebeln. Am 6. Dezember ordnet Donald Trump die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem an und akzeptiert dieses so als israelische Hauptstadt, was die Palästinenser und ihre arabischen Unterstützer provoziert. Auch Saudi-Arabien, der sunnitische Rivale des schiitischen Irans, mischt mit. Kronprinz Salman, der sein Reich mit einem spektakulären Reformprogramm sanft liberalisiert, akzeptiert am 3. April als einer der ersten arabischen Führer ein Existenzrecht Israels.

Nordkorea

Aufsteiger des Jahres: Kim Jong-un, Diktator in Nordkorea

Im Herbst stehen die Zeichen noch auf Konfrontation. Kim Jong-un, Herrscher im abgeschotteten und autoritär regierten Hungerstaat Nordkorea, lässt im Juli mehrmals Interkontinentalraketen testen, die gemäss der Berechnung von Experten das US-Festland erreichen könnten. Die Regierung von US-Präsident Donald Trump reagiert harsch mit unverhohlenen Gewaltandrohungen. Es droht eine Eskalation zwischen den Ländern und ihren beiden starken Egos an der Spitze. Am 3. September zündet Nordkorea unterirdisch eine Wasserstoffbombe in einem Testgelände. Die Detonation wird weltweit als Erdbeben registriert. Die Olympischen Winterspiele im südkoreanischen Pyeongchang bringen dann ab Februar ein erstaunliches Tauwetter. Kim Jong-un schickt eine von seiner Schwester angeführte hochran-

gige Delegation in den Süden. Am 9. März willigt US-Präsident Donald Trump überraschend in ein mögliches Treffen mit Kim Jong-un ein. Am 26. und 27. März wird Kim auf seiner ersten Auslandreise in Peking von der Führung des chinesischen Bruderstaates empfangen. Im Grenzort Panmunjom kommt es am 27. April zu einem historischen Treffen zwischen Kim und dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in. Sie reden über wirtschaftliche Kooperation und atomare Abrüstung. Geschickt hat sich der starke Mann Nordkoreas mit seiner atomaren Machtpolitik internationale Akzeptanz verschafft. Auch innenpolitisch verstärkt er durch zaghafte wirtschaftliche Reformen die Loyalität seiner Untertanen. Noch aber bleibt der neue Frieden auf der koreanischen Halbinsel zerbrechlich.

unter Arrest. Es ist der Beginn eines skurrilen Putsches in Zeitlupe. Mugabe ist offenbar über die überzogenen Wünsche und die Gier seiner Gattin Grace gestolpert. Emmerson Mnangagwa, ein früherer Gefährten Mugabes, übernimmt im heruntergewirtschafteten Land als Übergangspräsident das Ruder.

trug er im Präsidentenwahlkampf sogar zu Trumps Wahlsieg bei. Comey folgte aber Trumps Wünschen nicht, seine Untersuchungen über die Russland-Connections von Trumps Wahlkampfteam zu beenden.

19. Mai: Das Justizministerium ernennt Ex-FBI-Chef Robert Mueller zum Sonderermittler für die Kontakte von Trumps Wahlkampfteam mit Russland.

20. Mai: Auf seiner ersten Auslandreise unterschreibt Donald Trump in Saudi-Arabien umstrittene Waffendeals und schürt den Gegensatz zwischen den Saudis und dem Iran.

18. August: Präsident Trump feuert seinen rechtsextremen Chefstrategen Steve Bannon, offenbar unter dem Druck gemässigter Kräfte in seinem Team.

25. August: Der karibische Wirbelsturm Harvey trifft auf Texas und setzt die Millionenstadt Houston sowie weite Landstriche mit enormen

Nord- und Südamerika

USA

4. Mai: Endlich ein innenpolitischer Erfolg für Präsident Donald Trump: Mit 217 gegen 213 Stimmen wird die Krankenversicherung Obamacare im Repräsentantenhaus massiv zurechtgestutzt. Viele Wenigverdiener werden ihre Krankenversicherung verlieren.

10. Mai: Donald Trump entlässt den jahrelangen FBI-Chef James Comey ohne ersichtlichen Grund. Als Comey bekanntgab, Hillary Clintons E-Mail-Verkehr neuerlich zu untersuchen,

Regenfällen katastrophal unter Wasser. Zehntausende Menschen müssen die Flucht ergreifen.

1. Oktober: An einem Countryfestival in Las Vegas erschießt ein Einzeltäter von einem Hochhaus aus 58 Menschen. Der Islamische Staat (IS) reklamiert die Tat für sich, die Behörden sehen aber keinen terroristischen Hintergrund des Täters. Wie bei früheren Gewaltakten werden die laschen US-Waffengesetze diskutiert, ohne dass sich etwas ändert.

20. Dezember: Donald Trump kann endlich einen gesetzgeberischen Erfolg verbuchen: Die republikanische Parlamentsmehrheit bringt eine Steuerreform durch, die die Unternehmenssteuern von 35 auf 21% reduziert. In seinen ersten zwei Präsidentenjahren fällt als Konstante Donald Trumps Sprunghaftigkeit auf. Wenn er denn eine Strategie hat, dann die der permanenten Überraschung und Unberechenbarkeit.

23. Januar: Präsident Donald Trump verfügt Schutzzölle gegen China und Südkorea und verletzt mit diesen protektionistischen Massnahmen unmittelbar vor seinem Auftritt am WEF den Geist des globalen Handels.

Venezuela

2. August: Unter Protesten der bürgerlichen Opposition lässt der linke Präsident Nicolas Maduro eine verfassungsgebende Versammlung von seinen Gnaden wählen. Die Opposition kritisiert, dadurch werde faktisch das Parlament entmachtet. In dem von einer Wirtschaftskrise gebeutelten Land spitzt sich der Machtkampf zwischen Regierung und bürgerlicher Opposition zu. Proteste eskalieren. Die USA und südamerikanische Staaten warnen vor einer linken Diktatur und erlassen Sanktionen.

Sport

16. Juli: Die Traumsaison von Tennisspieler Roger Federer geht weiter. Er gewinnt das

renommiertesten Tennisturnier der Welt in Wimbledon als erster Spieler zum achten Mal. Im Final schlägt er den angeschlagenen Kroaten Marin Čilić. Kurz vor seinem 36. Geburtstag gewinnt Federer damit sein 19. Grand-Slam-Turnier. Es ist nach dem Australian Open schon das zweite im Jahr 2017.

6. August: Der Abschiedsauftritt von Sprintlegende Usain Bolt aus Jamaika an der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in London misslingt. Er wird im 100-Meter-Lauf von US-Läufer Justin Gatlin geschlagen und wird «nur» Dritter.

10. August: Die Lausannerin Léa Sprunger wird an der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in London im Final über 400 Meter Hürden gute Fünfte. Es ist die beste Schweizer Klassierung an der WM.

27. August: Der Berner Christian Stucki gewinnt den renommierten, nur alle sechs Jahre stattfindenden Schwingwettbewerb am traditionellen Unspunnenfest in Interlaken.

21. September: Der 60-jährige Christian Constantin, Präsident des FC Sion und Enfant terrible, greift nach dem Spiel seines Clubs gegen Lugano den kritischen TV-Kommentator und früheren Fussball-Nationaltrainer Rolf Fringer tödlich an. Constantin gibt sich uneinsichtig. Er wird zu einem 14-monatigen Stadionverbot und einer Busse verurteilt.

WETTBEWERB

Emmental

Die Quelle der Emme liegt im Gebiet zwischen Hohgant und Augstmatthorn auf 1670 m ü. M. Der Fluss zieht sich auf einer Länge von 82 km durch das Emmental und fliesst unterhalb von Solothurn auf einer Höhe von 425 m ü. M. in die Aare.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 102



Schweizer Meister Young Boys Bern (Keystone)

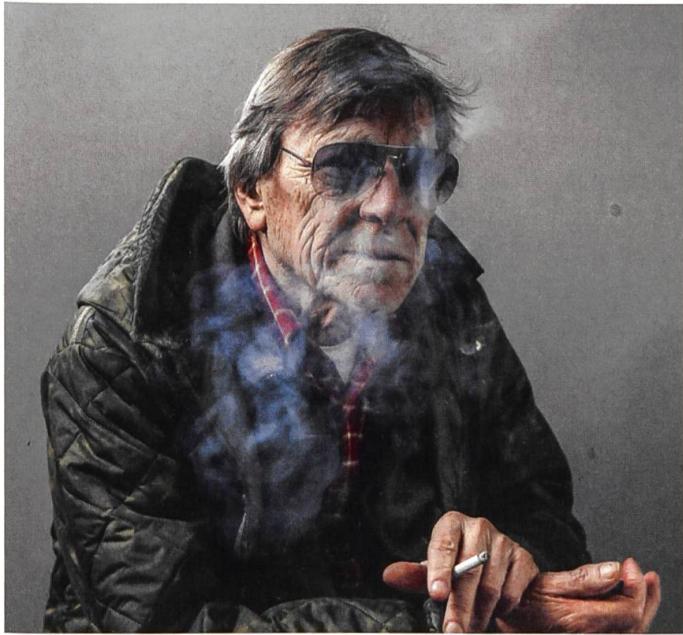
7. Oktober: Die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft schlägt in einem begeisternden Spiel für die WM-Qualifikation in Basel Ungarn mit 5:2. Sie hat bisher alle ihre Qualifikationsspiele gewonnen. Am 12. Oktober verliert sie aber das entscheidende und letzte Spiel gegen den amtierenden Europameister Portugal in Lissabon mit 0:2. Das Schweizer Team muss in die Barrage.

26. Oktober: Die Schweizer Tennisspielerin Martina Hingis (37) erklärt zum dritten Mal ihren Rücktritt vom Profitennis, in dem sie zuletzt als Spielerin im Doppel brilliert hat.

11. November: Die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft zittert sich mit einem 0:0 im zweiten Barragespiel gegen Nordirland vor heimischem Publikum in Basel an die Fussball-Weltmeisterschaft 2018 in Russland. Das Hinspiel haben die Schweizer in Belfast dank Penalty 0:1 gewonnen.

Die Berner Young Boys sind Schweizer Fussballmeister

Endlich! Der Berner Fussballclub Young Boys holt nach 32 Jahren wieder den Schweizer Meistertitel. Schon fünf Runden vor Meisterschaftsschluss macht YB am 28. April mit einem 2:1-Sieg gegen den FC Luzern im ausverkauften Stade de Suisse alles klar. Der entthronte Serienmeister FC Basel kann YBs Vorsprung nicht mehr einholen. Im Berner Stadion brechen nach dem Sieg alle Dämme, auf dem Spielfeld und in der Stadt feiern Tausende die Nacht durch. Dabei wird auch des Hörgeräteunternehmers und YB-Besitzers Andy Rihs gedacht, der zehn Tage vor dem Titelgewinn gestorben ist. Trotz den Gelündern der Gebrüder Rihs hat YB turbulente Jahre mit wechselhaftem Erfolg hinter sich. Trainer Adi Hütter und Sportchef Christoph Spycher ist es aber gelungen, eine schlagkräftige Mannschaft mit einer herausragenden afrikanischen Stürmerabteilung aufzubauen. Ab Herbst 2017 ist dieses Team von Sieg zu Sieg geeilt.



Polo Hofer stirbt am 22. Juli 2017 im Alter von 72 Jahren (Foto Urs Baumann, Berner Zeitung)

5. Dezember: Das Internationale Olympische Komitee (IOC) suspendiert Russland wegen seiner Dopingpraktiken von den Olympischen Winterspielen 2018 in Südkorea. Saubere russische Athleten dürfen aber unter neutraler Flagge teilnehmen.

28. Januar: Tennisprofi Roger Federer wiederholt seinen Vorjahressieg am Australian Open in Melbourne und schraubt seinen Rekord auf 20. Grand-Slam-Titel. Im Final schlägt er den Kroaten Marin Čilić in fünf Sätzen.

9.–25. Februar: An den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang egalisiert die Schweizer Delegation ihren bisherigen Rekord von 15 Olympiamedaillen. Insbesondere junge Athletinnen und Athleten räumen ab und sichern der Schweiz in der Nationenwertung den achten Platz mit fünf Gold-, sechs Silber- und vier Bronzemedailien. Gold holen Skilangläufer Dario Cologna über 15 Kilometer, Skifahrerin Michelle Gisin in der Kombination, Sarah Höfli im Slopestyle-Skiwettbewerb, Neville Galmarini im Snowboard-Riesenslalom und das alpine Swiss-Ski-

team im Mannschaftswettbewerb. Silber geht an das Curling-Mixed-Paar Jenny Perret und Martin Rios, an den Skicrosser Marc Bischofberger, an Mathilde Gremaud im Slopestyle sowie an die alpinen Skifahrer Wendy Holdener im Slalom, Ramon Zenhäusern im Slalom sowie Beat Feuz im Super G. Bronze holen Holdener in der Kombination, Feuz in der Abfahrt, Fanny Smith im Skicross sowie das Männerteam im Curling.

2. März: Die Berner Sprinterin Mujinga Kambundji holt an der Hallen-Weltmeisterschaft in Birmingham über 60 Meter die Bronzemedaille.

Kultur

22. Juli: Mundartrocker Polo Hofer ist tot. Der markante Paradiesvogel stirbt in Oberhofen 72-jährig an Krebs. Er verkörperte den Schweizer Aufbruch von 1968.

Was sonst noch geschah

28. Mai: Der Bär ist zurück im Kanton Bern. Im Eriz wird erstmals seit seiner Ausrottung vor 190 Jahren wieder ein wild lebendes Berner Wappentier beobachtet.

18. Juli: Die Klimaerwärmung macht möglich: Auf dem abtauenden Tsanfleuron-Gletscher oberhalb Les Diablerets werden die

WETTBEWERB

Emmental

Die Emme fliesst durch das Gebiet von 23 Gemeinden: Ganz am Anfang zählt die Oberländer Gemeinde Oberried dazu und am Ende Zielebach, Biberist, Derendingen, Luterbach und Zuchwil im Kanton Solothurn. Die restlichen 17 Gemeinden gehören zum bernischen Emmental.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 102



Das Berner Wappentier taucht wieder im Kanton auf, und zwar im Eriz (zvg/Jagdinspektorat Kanton Bern).

Leichen einer Frau und eines Mannes gefunden. Der DNA-Test belegt, dass es sich um ein seit 1942 vermisstes Paar aus Savièse VS handelt. Die noch lebende Tochter ist erleichtert. Endlich können ihre Eltern bestattet werden.

5. Oktober: Der mächtige Hollywood-Filmproduzent Harvey Weinstein wird von mehreren Frauen sexueller Übergriffe bezichtigt. Er hat jahrzehntelang seine Macht gegenüber Schauspielerinnen schamlos ausgenutzt. Der Fall löst eine weltweite Empörungswelle aus. Unter dem Schlagwort #MeToo berichten Tausende Frauen von sexuellen Übergriffen, die sie erduldet haben. Weinstein verliert seine Chefposition.

Anfang Dezember: Die Internetwährung Bitcoin erreicht ein atemberaubendes Rekord-Kurshoch: 1 Bitcoin ist 15 000 Dollar wert, ein Jahr zuvor waren es noch 1000 Dollar. Der Kursrausch deutet auf eine spekulative Blase hin. Mit der seit 2008 in Umlauf befindlichen digitalen Währung, die unabhängig von Banken zirkuliert, kann über die Internetbuchhaltung Blockchain im Netz bezahlt werden.

13. Januar: Hawaiis Behörden rufen für die US-Pazifikinseln einen ernsthaften Alarm wegen Raketenanflugs aus. Erst nach 38 Minuten wird den schockierten Einwohnern und

Touristen bekanntgegeben, dass es sich um einen Fehlalarm handelt.

14. März: Der wohl populärste Physiker, der schwer behinderte Stephen Hawking, stirbt im Alter von 76 Jahren.

20. März: Der Social-Media-Gigant Facebook kommt politisch unter Druck. Britische Medien enthüllen, wie die britische Datenanalysefirma Cambridge Analytica bei Facebook unbehindert die Daten von 50 Millionen Nutzern missbraucht hat, um im US-Wahlkampf 2016 Donald Trump zu unterstützen. Facebook-Chef Mark Zuckerberg macht vor einer US-Untersuchungskommission schwammige Versprechen. Cambridge Analytica geht in Konkurs und gründet sich unter anderem Namen neu.

WETTBEWERB

Emmental

Die wichtigsten Zuflüsse der Emme sind auf ihrer linken Seite der Röthenbach, der Biglenbach, der Dorfbach bei Oberburg, die Urtenen, der Limpach, der Biberenbach und auf der rechten die Ilfis, der Untere Frittenbach, die Grünen und der Rüegsbach.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 102